Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1930**

15. Wahlperiode 05. 11. 2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Margrit Wetzel, Klaus Brandner, Gerd Andres, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Werner Schulz (Berlin), Volker Beck (Köln), Anja Hajduk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/1575 –

Sicherung von Standort und Know-how des deutschen Seeschiffbaus

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Karl-Josef Laumann, Dagmar Wöhrl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/1101 –

Deutschen Schiffbau aus der Schlechtwetterlage in sicheres Fahrwasser leiten

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Schiffbauindustrie befindet sich in einer schwierigen Situation. Infolge der Dumpingpreispolitik Koreas können neue Aufträge nur durch Beihilfen sichergestellt werden. Strukturverbesserungen wie die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des maritimen Standortes, Sicherung der Beschäftigung oder die Durchsetzung hoher Schiffsicherheitsstandards sind daher unabdingbar.

Zu Buchstabe b

Infolge der Lohndumpingpreispolitik ist der Weltschiffbaumarkt in ein starkes Ungleichgewicht geraten. Dies führt zu einem Wegbrechen des Auftragseingangs und einem Abbau von Arbeitsplätzen. Der deutsche Schiffbaumarkt konnte nur durch die Aufstockung von Beihilfen aus dem Bundeshaushalt stabilisiert werden. Das von der EU eingeleitete Streitbeilegungsverfahren bei der WTO kommt zu spät und sieht keine notwendigen Sanktionsandrohungen vor.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu Buchstabe b

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1575 und Annahme des Antrags auf Drucksache 15/1101.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 15/1575 unverändert anzunehmen,

b) den Antrag auf Drucksache 15/1101 abzulehnen.

Berlin, den 22. Oktober 2003

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend Vorsitzender	**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)** Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

I. Überweisung, Voten der mitberatenden Ausschüsse und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

1. Überweisungen

Die Anträge der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/1575 und der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1101 wurden in der 63. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. September 2003 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

a) Antrag auf Drucksache 15/1575

Der **Auswärtige Ausschuss** in seiner 25. Sitzung, der **Finanzausschuss** in seiner 38. Sitzung, der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** in seiner 20. Sitzung, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** in seiner 19. Sitzung, der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** in seiner 24. Sitzung und der **Ausschuss für Tourismus** in seiner 25. Sitzung haben am 22. Oktober 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 30. Sitzung am 22. Oktober 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 31. Sitzung am 22. Oktober 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags beschlossen.

b) Antrag auf Drucksache 15/1101

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** in seiner 20. Sitzung und der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** in seiner 19. Sitzung haben am 22. Oktober 2003 jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Finanzausschuss** in seiner 38. Sitzung, der **Ausschuss für Tourismus** in seiner 25. Sitzung und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner 31. Sitzung haben am 22. Oktober 2003 jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Auswärtige Ausschuss** in seiner 25. Sitzung, der **Haushaltsausschuss** in seiner 30. Sitzung und der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** in seiner 24. Sitzung haben am 22. Oktober 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 37. Sitzung am 22. Oktober 2003 die Anträge beraten und abgeschlossen.

Im Rahmen der Beratungen hat die Fraktion der FDP folgenden Änderungsantrag zum Antrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 15/1575 (Ausschussdrucksache 15(9)801) eingebracht:

Der Ausschuss wolle beschließen:

Auf Seite 4 des Antrags „III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:“ sind folgende Punkte neu anzufügen:

4. *den Haushaltsansatz im Epl. 14 Titel 1418 auf dem Niveau der Jahre 2003/2004 zu halten. Nur durch die sicherheitspolitisch gebotenen kontinuierlichen Investitionen kann das technologische Spitzenniveau der deutschen Marinewerften erhalten werden.*

5. *die Verteilung der auftragsbezogenen Schiffbauhilfen von 1/3 Bund und 2/3 Länder in einem Verhältnis 50:50 neu zu gestalten, da von der im nächsten Jahr auslaufenden Schiffbauhilfe nicht nur die Küstenländer sondern die gesamte Volkswirtschaft profitiert.*

6. *dem Deutschen Bundestag ein Gesetz vorzulegen, das die Änderung des § 6b Einkommenssteuergesetz (EStG) beinhaltet, wonach der Verkaufserlös von Schiffen komplett steuerfrei gestellt wird, wenn der Verkaufserlös reinvestiert wird. Dies ist auch die zentrale Forderung des von der Bundesregierung in Auftrag gegeben Gutachtens „Potenziale und Zukunft der deutschen Binnenschifffahrt“ und dies würde angesichts des hohen Durchschnittsalters der deutschen Binnenschifffahrtsflotte zu einer enormen Belebung der Nachfrage nach neuen Binnenschiffen führen.*

Der Änderungsantrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Im Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/1575 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/1101 wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Im Antrag auf Drucksache 15/1575 wird die Bundesregierung aufgefordert, den europäischen und deutschen Werften mit befristeten Schutzmaßnahmen gegen Preisdumping über den 31. März 2004 hinaus zu helfen und die meerestechnische Industrie bei der Erschließung neuer Märkte finanziell zu unterstützen. Ferner soll auf einen starken deutschen Marinewerftenverbund und die Sicherung des deutschen Einflusses hingewirkt werden.

Dem Antrag auf Drucksache 15/1101 zufolge müssen der Beseitigung von bestehenden Wettbewerbsverzerrungen auf dem Weltmarkt und dem Abbau der weltweiten Subventionen oberste Priorität eingeräumt werden. Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovationen müssen gefördert und Finanzierungshilfen für den Bau und die Endfinanzierung flexibler gestaltet werden.

III. Ausschussberatungen

Einigkeit bestand zwischen den Fraktionen dahingehend, dass deutschen Schiffbauunternehmen grundsätzlich bis zur Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen und Überwindung der Preisdumpingpolitik einiger Staaten weiterhin Wettbewerbshilfen zu gewähren seien, dass jedoch gleichzeitig ein Umsteuern von der reinen Wettbewerbshilfe zu einer Forschungs- und Innovationsförderung angestrebt werden müsse.

Die Mitglieder der **Koalitionsfraktionen** machten auf die bisherigen auch von der Schiffbauwirtschaft hervorgehobenen Erfolge der Maßnahmen der Bundesregierung aufmerksam und plädierten für eine Fortsetzung der Unterstützung des deutschen Schiffbaus, zumindest bis über die Klage vor der WTO entschieden sei.

Die Mitglieder der **Fraktion der CDU/CSU** betonten, der Schwerpunkt ihres Antrags richte sich vor allem auf den weltweiten Subventionsabbau. Nur wenn dieser gelinge, habe die europäische Schiffbauindustrie eine Überlebenschance.

Die Mitglieder der **Fraktion der FDP** sahen die Möglichkeit einer Steuerbefreiung von Verkaufserlösen bei gleichzeitiger Reinvestition als einen wichtigen Aspekt an.

Berlin, den 22. Oktober 2003

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 340, Telefax (02 21) 97 66 344
ISSN 0722-8333